

Prova A51_SUP

Scienze, tecnologie e tecniche agrarie

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il/la candidato/a, dopo aver specificato la classe e la tipologia di istituto (tecnico o professionale) a cui si rivolge l'unità di apprendimento relativa alle relazioni esistenti tra impronta ecologica, biocapacità e sviluppo sostenibile, descriva gli strumenti didattici e le metodologie che utilizzerebbe per favorire l'apprendimento del percorso didattico.

Quesito 2 - Il/la candidato/a, tenuto conto che nella classe è presente un alunno con un Disturbo Specifico dell'Apprendimento (la diagnosi indica la dislessia), dopo aver specificato la classe e la tipologia di istituto (tecnico o professionale) a cui si rivolge l'unità di apprendimento che tratta il processo di vinificazione con macerazione (vinificazione in rosso); indichi: le fasi del processo di vinificazione; la durata temporale per lo svolgimento dell'unità di apprendimento. Inoltre descriva gli strumenti didattici da utilizzare e gli strumenti compensativi e dispensativi che ritiene utile adottare per l'alunno/a con DSA.

Quesito 3 - Il razionale utilizzo delle acque irrigue è importante sia in termini economici sia dal punto di vista ambientale. Il/la candidato/a, riferendosi ad una classe di un istituto tecnico o professionale, espliciti i contenuti minimi che un allievo deve raggiungere al termine dell'unità di apprendimento e illustri come organizzerebbe un'esercitazione pratica, sull'uso razionale dell'acqua in agricoltura, da svolgere insieme all'Insegnante Tecnico Pratico.

Quesito 4 - Con la diffusione dell'agricoltura specializzata la sostanza organica nel terreno, in termini di fertilità fisica chimica e biologica, assume sempre più importanza. Il/la candidato/a dopo aver definito la classe, il corso di studi e la durata temporale per lo svolgimento dell'unità di apprendimento relativa alle pratiche indispensabili alla conservazione e all'incremento della sostanza organica nel terreno. Indichi le conoscenze e le abilità che gli alunni debbono acquisire e specifichi le tipologie di verifica che ritiene più idonee.

Quesito 5 - Il/la candidato/a facendo riferimento all'importanza che hanno gli avvicendamenti colturali sia dal punto di vista agronomico sia dal punto di vista economico, illustri quali aspetti metterebbe in risalto in una mappa concettuale introduttiva sull'argomento. Inoltre descriva brevemente i contenuti dei punti sui quali ritiene sia importante focalizzare l'attenzione.

Quesito 6 - Il/la candidato/a, tenuto conto della trasversalità propria delle competenze relative alla cittadinanza ambientale, proponga gli argomenti e/o le attività da inserire in una programmazione interdisciplinare, tenuto conto del contesto socio-economico del proprio istituto, ed evidenzii i materiali da produrre per poter valutare gli alunni riguardo l'attività interdisciplinare.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

*Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa
Wer gehört dazu – und wer nicht?*

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen.

[...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>
[24.02.2017]**

Weshalb ist die Frage der Staatsbürgerschaft in den europäischen Ländern wieder ein wichtiges Thema?

- a) Die europäischen Länder wollten ihre Identität in den vergangenen fünfzig Jahren besonders betonen.
- b) Innerhalb der europäischen Union gibt es immer noch große Unterschiede.
- c) Es gibt aktuell in Europa eine hohe Anzahl von Flüchtlingen und Migranten.
- d) Für die Menschen in Europa ist die nationale Zugehörigkeit wichtiger als das Gefühl, Europäerinnen und Europäer zu sein.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa

Wer gehört dazu – und wer nicht?

von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>
[24.02.2017]**

Welche Politik hat die europäische Gemeinschaft in den vergangenen fünfzig Jahren vorangetrieben?

- a) In den europäischen Ländern wurde vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit besonders gefördert.
- b) Nach fünfzig Jahren der gegenseitigen Abschottung wird jetzt die Zusammenarbeit intensiviert.
- c) Durch die Einführung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich konnten die Menschen Europas die Unterschiede zwischen ihren Ländern besser kennenlernen.
- d) Die europäischen Länder haben sich gegenseitig geöffnet und ihre nationalen Eigenschaften zurückgefahren.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa

Wer gehört dazu – und wer nicht?

von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der

europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>
[24.02.2017]**

Welche Bedeutung hat das Staatsbürgerschaftsrecht?

- a) Das Staatsbürgerschaftsrecht ist ein Recht neben vielen.
- b) Nationalstaaten regeln mit dem Staatsbürgerschaftsrecht, wer dazu gehören darf und wer ausgeschlossen wird.
- c) Mit dem Staatsbürgerschaftsrecht regeln Nationalstaaten das Zusammenleben der in ihnen lebenden Menschen.
- d) Für Nationalstaaten ist das Staatsbürgerschaftsrecht nicht zentral.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa

Wer gehört dazu – und wer nicht?

von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung

zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>
[24.02.2017]**

Welches Ziel verfolgt der Historiker und Jurist Gosewinkel mit seiner Studie über die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa?

- a) Gosewinkel plädiert für eine gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft.
- b) Für Gosewinkel geht es darum, die Nachteile der westeuropäischen Modelle aufzuzeigen.
- c) Gosewinkel untersucht die juristischen Unterschiede der europäischen Staaten.
- d) Für Gosewinkel ist das Staatsbürgerschaftsrecht in den einzelnen Staaten ein Gradmesser der Gesellschaftsentwicklung.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Die Geschichte der Staatsbürgerschaft in Europa

Wer gehört dazu – und wer nicht?

von Helmut König 28.9.2016, 05:30 Uhr

Der Historiker und Rechtswissenschaftler Dieter Gosewinkel hat eine detaillierte Studie zur Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa vorgelegt. Ihr Titel: «Schutz und Freiheit?»

Die Zahl der Flüchtlinge und Migranten hat gegenwärtig eine Größenordnung erreicht wie seit der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht mehr. Dadurch ist in dramatischer und ganz unerwarteter Weise die Politik der Staatsangehörigkeit, die unmittelbar mit Passwesen und Grenzsicherungen verbunden ist, auf die Agenda der europäischen Staaten zurückgekehrt. Nach einer gut fünfzigjährigen Geschichte von Öffnung und Denationalisierung, die ihren Gipfelpunkt in der Einführung doppelter Staatsbürgerschaften und einer Unionsbürgerschaft hatte, geht der Trend offenbar nunmehr zurück in die entgegengesetzte Richtung zunehmender einzelstaatlicher Abschottung.

Die Studie des am Wissenschaftszentrum Berlin forschenden Historikers und Juristen Dieter Gosewinkel über die Geschichte des Staatsbürgerrechts im 20. und 21. Jahrhundert erscheint also zum richtigen Zeitpunkt. Das

Staatsangehörigkeitsrecht ist das Instrument par excellence, mit dem Zugehörigkeit und Ausschluss, Fremdheit und Mitgliedschaft in der Ära der Nationalstaaten geregelt werden. Auf überzeugende Weise benutzt Gosewinkel das Thema der Staatsbürgerschaft als Sonde einer historischen Gesellschaftsanalyse. Er zeichnet die wechselvolle Geschichte dieses grundlegenden Rechts seit 1900 und die unterschiedlichen Modelle der Schliessung, Nationalisierung und Ethnisierung einerseits sowie der liberalen Öffnung andererseits detailliert nach.

Sechs Länder im Vergleich

Die voluminöse Studie behandelt in vergleichender Perspektive die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in sechs europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Russland, Grossbritannien, der Tschechoslowakei und Polen. Diese Auswahl ist gut begründet: Die Länder sind auf je spezifische Weise von herausragender Bedeutung für die politische Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, sie stehen in vielfältigen Interdependenzen miteinander. Dass die Auswahl sowohl Länder aus Ost- wie aus Westeuropa berücksichtigt, bietet zudem die Möglichkeit, die gängige Behauptung einer Divergenz der Entwicklungen in diesen beiden Regionen kritisch zu überprüfen. [...]

**Aus: <https://www.nzz.ch/feuilleton/buecher/die-geschichte-der-staatsbuerger-schaft-in-europa-wer-gehoert-dazu-und-wer-nicht-ld.119018>
[24.02.2017]**

Welchen Vorteil bietet der Vergleich der Geschichte des Staatsbürgerschaftsrechts in Ländern aus Ost- und West-Europa?

- a) Die detaillierte Untersuchung erlaubt es, herrschende Vorstellungen auf ihre Gültigkeit zu überprüfen.
- b) Für die Leserinnen und Leser von Gosewinkels Untersuchung bleiben viele Fragen offen.
- c) Mit der detaillierten Untersuchung verwischt der Verfasser die Unterschiede zwischen den Ländern in Ost- und West-Europa.
- d) Die gängige Behauptung der Divergenz wird vollumfänglich bestätigt.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Einbürgerung in Deutschland

Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.

Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.

Geburtsortprinzip

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen

gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Unter welchen Umständen erwirbt man die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch?

- a) Man erwirbt die deutsche Staatsbürgerschaft automatisch, wenn man irgendwo in der Welt als Kind deutscher Eltern oder als Ausländer in Deutschland geboren wird.
- b) Kinder von Nicht-EU-BürgerInnen müssen die deutsche Staatsbürgerschaft auf jeden Fall beantragen.
- c) Ausländer, die in Deutschland geboren werden, haben kein Anrecht auf die deutsche Staatsbürgerschaft.
- d) Man hat das Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn man als Kind ausländischer Eltern geboren wird und im Ausland lebt.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Einbürgerung in Deutschland

Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.

Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.

Geburtsortprinzip

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine

Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Welche Regel gilt, wenn ein Elternteil Deutsche/r und einer Ausländer/in ist?

- a) Für Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften gibt es keine Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten.
- b) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften werden automatisch Deutsche, egal, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht.
- c) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften behalten in jedem Fall die Staatsbürgerschaft des Vaters.
- d) Kinder aus gemischten Ehen oder Partnerschaften werden nur dann automatisch Deutsche, wenn ein Elternteil Deutsche/r ist und die Eltern verheiratet sind.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Einbürgerung in Deutschland

Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.

Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.

Geburtsortprinzip

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Wie Mutter und Vater bezüglich des Staatsbürgerschaftsrechts behandelt?

- a) Für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft spielt es überhaupt keine Rolle, ob der Vater oder die Mutter Deutsche/r ist.
- b) Mutter und Vater werden bezüglich des Staatsbürgerschaftsrechts grundsätzlich gleich behandelt.
- c) Nur das Kind einer deutschen Mutter wird automatisch Deutsche/r, wenn die Eltern nicht verheiratet sind.
- d) Die Staatsbürgerschaft eines in Deutschland geborenen Kindes richtet sich nur nach der Staatsbürgerschaft des Vaters.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Einbürgerung in Deutschland

Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.

Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.

Geburtsortprinzip

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Das Geburtsortprinzip besagt, dass ...

- a) ... ein in Deutschland geborenes Kind von ausländischen Eltern nur deren Staatsbürgerschaft erhält.
- b) ... ein in Deutschland geborenes Kind automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhält.

- c) ... ein in Deutschland geborenes Kind neben der deutschen keine weitere Staatsbürgerschaft haben darf.
- d) ... ein in Deutschland geborenes Kind sich an seinem Geburtsort einbürgern lassen muss.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Einbürgerung in Deutschland

Die Einbürgerung bezeichnet die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Die Regeln und Bestimmungen um den Erwerb der Staatsbürgerschaft sind von Land zu Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland führen zwei Wege zur Staatsbürgerschaft: Das Abstammungsprinzip und das Geburtsortprinzip.

Abstammungsprinzip

Das Abstammungsprinzip orientiert sich an den Eltern. Wer als Kind deutscher Eltern geboren wird, erhält automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies ist auch dann der Fall, wenn nur ein Elternteil Deutscher bzw. Deutsche ist. In vielen Fällen besitzt dieses Kind dann Mehrstaatigkeit, da die Staatsangehörigkeitsregeln des ausländischen Elternteils ebenfalls zum Tragen kommen. Auf die deutsche Staatsangehörigkeit des Kindes hat dies keinen Einfluss und es darf ein Leben lang im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten sein. Sind die Eltern allerdings nicht verheiratet und ist nur der Vater im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, muss die Vaterschaft vor Vollendung des 23. Lebensjahres des Kindes gesetzlich festgestellt werden.

Geburtsortprinzip

Seit dem Jahr 2000 gilt in Deutschland das Geburtsortprinzip. Dies bedeutet, dass ein in Deutschland geborenes Kind auch dann automatisch in den Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft kommt, wenn die Eltern in Deutschland lebende AusländerInnen sind. Das Geburtsortprinzip ist allerdings an die Voraussetzungen gebunden. So muss sich mindestens ein Elternteil beim Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit wenigstens acht Jahren rechtmäßig und gewöhnlich in Deutschland aufhalten und entweder im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sein oder über eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz verfügen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, erhält das Kind bei der Geburt automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Sehr häufig erwirbt das Kind bei seiner Geburt auch eine oder mehrere Staatsbürgerschaften der Eltern. Ist dies der Fall, muss sich das Kind mit dem 18. Lebensjahr entscheiden, ob es die deutsche oder die ausländische Staatsbürgerschaft annimmt. Eine Mehrstaatigkeit ist hier nur in Ausnahmefällen möglich.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Welche Grenzen gelten für die sog. Mehrstaatigkeit?

- a) Mindestens ein Elternteil muss seinen Lebensmittelpunkt zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes seit mindestens acht Jahren in Deutschland haben oder eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bzw. eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz besitzen.
- b) Mindestens ein Elternteil muss vor mindestens acht Jahren nach Deutschland gezogen sein und eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung bzw. eine Aufenthaltsgenehmigung auf Grundlage des Freizügigkeitsabkommens zwischen der EU und der Schweiz besitzen.
- c) Mindestens ein Elternteil muss die Staatsbürgerschaft eines EU-Landes oder der Schweiz besitzen.
- d) Mindestens ein Elternteil muss zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes in Deutschland leben und eine feste Arbeitsstelle haben.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

After the vote for Brexit, in England

- a) the citizenship education curriculum has been reconsidered and it will be focused narrowly around the nation state
- b) the teaching of such values as respect towards refugees has been removed from the current citizenship education curriculum
- c) many topics in the citizenship education curriculum have been abolished
- d) the appropriateness of the present citizenship education programmes has been questioned

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives

and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmit>

It is still meaningful for British young people to learn about

- a) the area of Europe where they reside and the political bodies that administrate most of it
- b) the political institutions that govern some nations outside Europe
- c) the European Union only
- d) the region of Europe where they live as well as the Commonwealth institutions

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other

European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

Brexit will

- a) make an outward looking approach in education impossible
- b) make the learning of such moral values as tolerance, understanding and respect pointless
- c) easily eliminate discriminatory attitudes in the multi-cultural British society
- d) not change the heterogeneous composition of the British society

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

The writer explains that Brexit

- a) has made citizens of the UK forget their sense of belonging to England
- b) will change the meaning of being resident in the UK

- c) will partially alter the human rights of British citizens
- d) has not changed the meaning of being resident in the UK

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Brexit: What now for European and Global Citizenship Education?

Since the vote for Brexit questions have been raised about the relevance of the current citizenship education curriculum in England, and more broadly the values that should be taught in schools across the UK. Topics that were once self-evidently necessary are now questioned: on European and international institutions, respect towards refugees and minorities, and the general interconnected and interdependent nature of individuals' lives and countries around the world.

There is a risk that in the future education becomes more inward looking and focused narrowly around the nation state. Inside or outside of the European Union, it still makes sense for young people to continue to learn about the region of Europe where they live and the political institutions that govern much of the territory.

The referendum has coincided with a growth of openly intolerant abusive behaviour and attitudes in society. Britain post Brexit will remain a very diverse society comprising of people drawn from a wide range of ethnicities, backgrounds and beliefs. Young people need to learn the qualities for tolerance, understanding and respect for their neighbours both close at hand and abroad. How can we sustain an outward looking approach to the world in our education system?

Brexit, in whatever form it takes, will alter what it means to be a citizen of the United Kingdom. The source of much of our law, and the means of seeking redress for grievance, will change. Acting in concert with other European citizens to seek improvement and protection of the environment, to argue for and implement common standards in employment and consumer rights will not be the same. The future rights of a substantial group of European citizens that continue to reside, work, and raise families in the UK will likely change. Their children, in British schools, will require support to understand their new identity.

Retrieved from <https://www.eventbrite.co.uk/e/brexit-what-now-for-european-and-global-citizenship-education-tickets-31634566841?aff=erelexpmlt>

Working together with other European citizens to deal with issues related to sustainable environment, shared regulations in employment and consumer rights

- a) will be forbidden
- b) will be different
- c) will not be possible
- d) will be impossible

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Evaluation in GCE should not be confined to the use of

- a) the assessment for learning and the assessment as learning
- b) the assessment of learning
- c) the evaluation of learning and the evaluation for learning
- d) the assessment for learning

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional

policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Educators of GCE use

- a) a self-assessment method exclusively
- b) a combination resulting from the mixture of self-assessment and peer assessment approaches
- c) a wide-ranging assessment method
- d) a combination of traditional assessment methods and of more speculative and methods based on results

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

The objective of assessment in GCE is to evaluate

- a) progress in learning as well as in social awareness
- b) learners' efforts towards improvement
- c) both personal progress/inclusion and social consciousness
- d) progress in social integration but not in social consciousness

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Assessment and evaluation of GCE learning outcomes should encompass

- a) teaching engagement, learners' individual skills and learning environment
- b) procedures, results and context-related factors
- c) practices and resources, but not learners' attitudes
- d) teaching engagement, learning procedures and learning environment

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

Assessment and evaluation in global citizenship education

Educators of global citizenship education (GCE) can consider the broader purposes of assessment and go beyond the exclusive use of the assessment of learning to include assessment for learning and assessment as learning. This is of particular importance as they are engaged in an area of education with wide-ranging transformative purposes.

Current practice suggests that educators are using a mix of traditional methods of assessment and of more reflective and performance-based methods, such as self-assessment and peer assessment, that capture learners' insights on, for example, personal transformation, deepened understanding of critical inquiry, and engagement and civic agency. Assessment practices aim to assess both personal growth/integration and social awareness. As part of assessment, educators provide learners with descriptive feedback that guides their efforts towards improvement. Opportunities for self-evaluation and reflective journals and portfolios, as well as for peer feedback, are also encouraged in the assessment process.

Other issues to consider in the assessment and evaluation of GCE learning outcomes include processes (e.g. teaching and learning practices, learner engagement) and outcomes (e.g. individual and group knowledge, skills, values and attitudes and achievements), as well as contextual issues (e.g. curriculum documents, institutional policies, teaching competencies, administrative commitment and support, resources, learning environment, community relationships). Throughout the planning process, issues of validity, reliability and fairness need to be considered in the design and application of assessment and evaluation practices.

Although there are no globally agreed indicators for monitoring GCE learning outcomes as yet, it is expected that a proposed measurement framework and potential indicators will become available soon. A number of surveys exist which attempt to assess the outcomes of GCE in different settings while efforts by various stakeholders are underway, especially in light of the proposal to include GCE, together with education for sustainable development, as one of the targets of the education goal in the post-2015 development agenda.

Excerpted from "Global Citizenship Education - Topics and Learning Objectives", Published in 2015 by the United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization, Paris

Universally shared criteria for monitoring GCE learning outcomes

- a) are being implemented as one of the targets of the 2015 education goals
- b) are opposed by various stakeholders, together with education for sustainable development
- c) are not available at present but are going to be issued in the near future
- d) will be available soon even if educators all over the world now use globally agreed indicators

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta

válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto

- a) los estados modernos ultiman el desarrollo de una ciudadanía activa, informada y responsable como principio de la cultura democrática
- b) las sociedades democráticas, surgidas con los estados modernos, promueven los deberes y derechos mediante ciudadanos activos, informados y responsables
- c) la ciudadanía activa permite disfrutar de los derechos conquistados en las modernas sociedades democráticas
- d) la noción actual de ciudadanía —y de los deberes y derechos correspondientes— se vincula con la aparición de las naciones actuales

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

La definición de ciudadanía

- a) no es preciso, puesto que responde a un modelo político vigente en un contexto específico, determinado por múltiples factores
- b) es un término de naturaleza evidente, por lo tanto carece de significado y se están buscando nuevas definiciones
- c) es definitiva y válida para la realidad concreta en la que surge y a la que da respuesta
- d) no cambia para adaptarse a la época histórica y a las condiciones socioeconómicas de las distintas realidades en las que se manifiesta

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto

- a) los defectos en las propuestas de ciudadanía se pueden obviar comparando e imitando modelos de otros países
- b) el concepto de ciudadanía está incesantemente en desarrollo, por lo tanto su definición es dinámica y tiene que renovarse en sus planteamientos
- c) la evolución del concepto de ciudadanía solo se debe a los cambios políticos que intervienen en la sociedad

- d) la formulación de nuevos modelos de ciudadanía tiene que basarse solo en el estudio de propuestas anteriores para no repetir los errores del pasado

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

La definición de ciudadanía

- a) se vertebra en relación al hecho de considerarse parte de un estado o parte de una comunidad
- b) en su vertiente jurídica, se refiere a la faceta social del concepto, es decir, al hecho de actuar en una comunidad
- c) se articula solo en la dimensión legal, es decir, «sentirse ciudadano», y en la dimensión opcional, es decir, « ser ciudadano»
- d) en su vertiente individual, se manifiesta en disfrutar plenamente de los derechos como miembro activo de la sociedad

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

Aproximación al concepto de ciudadanía

El concepto de ciudadanía, tal como hoy lo comprendemos, está ligado a la aparición de los estados modernos, junto con la definición de sus deberes y derechos, que pretende promover una ciudadanía activa, informada y responsable en las culturas democráticas. (...) Ser ciudadano responde siempre a un modelo político vigente en un contexto geoeconómico, histórico y social determinado. De aquí que nos encontremos ante un término de naturaleza esencialmente abierta, que no puede tener un significado unívoco, lo que conlleva necesariamente su permanente redefinición. De ahí que ninguna definición de ciudadanía sea definitiva, ya que únicamente resulta válida para la realidad específica en la que surge y a la que da respuesta. A la vez que debe estar siempre en continua reconstrucción, ya que, como todo lo humano, está en constante evolución, ante los cambios, las

demandas, los intereses que permanentemente se suceden. Por ello, no resulta lógico imitar modelos de ciudadanía. Nadie cuestiona la riqueza que aporta su estudio, ya que todo conocimiento amplía futuras propuestas, o poder analizar los posibles errores, para así paliar deficiencias en nuevos planteamientos. (...) Ahora bien, todo concepto de ciudadanía debe construirse a partir de dos dimensiones claves:

- Jurídica, en la que se reconoce la pertenencia de una persona a un estado, con sus derechos y deberes y relacionada en mayor medida con el aspecto político del concepto, es decir, con «ser ciudadano».
- Individual, en la que cada uno muestra su capacidad de actuar y de hacer efectivos sus derechos y deberes, como miembro activo que debe ser de esa sociedad. Esta dimensión se relaciona directamente con el aspecto psicológico del término, ya que en ella interviene la afectividad y el desarrollo de una identidad cultural y personal, es decir, referida al «sentirse ciudadano» y al sentimiento de pertenencia a una comunidad (García Blanco y Diestro Fernández).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? Di Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

De acuerdo con García Blanco y Diestro Fernández

- a) para «sentirse ciudadano» es necesario que se le reconozca a la persona la pertenencia a un estado
- b) uno de los elementos de la dimensión individual del concepto de ciudadanía es el desarrollo de una identidad personal y cultural
- c) la capacidad de actuar como miembro activo de la sociedad consiste en cumplir con los deberes dentro de la propia comunidad
- d) la dimensión individual se relaciona indirectamente con la vertiente psicológica del concepto de ciudadanía, por lo tanto es necesario realizar primero la dimensión jurídica

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

De acuerdo con Escudero (2009)

- a) los centros educativos tienen que, entre otras cosas, facilitar la incorporación de los alumnos en la sociedad a la que pertenecen
- b) los contenidos culturales vehiculados por los centros educativos solo otorgan a los alumnos las herramientas para entender su entorno socioeconómico
- c) el objetivo principal de los centros educativos es formar a personas responsables facilitando solo conocimientos culturales y algunas veces sociales
- d) la función primaria de los centros educativos es proporcionar a los alumnos las competencias disciplinares necesarias para hacer frente a los retos de la vida adulta

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Los centros educativos

- a) tienen que ofrecer pautas que permitan a los alumnos desenvolverse en cualquier circunstancia a largo de su vida
- b) se centran en una EpC para formar a futuros ciudadanos con un currículum específico
- c) adoptarán las directivas de la Comisión Europea de 2016
- d) intentarán formar a ciudadanos responsables que puedan contribuir activamente a mejorar la economía de su comunidad de pertenencia

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

En relación con la EpC

- a) la acción de los centros educativos se articula en varios ejes, entre los que cabe la enseñanza de elementos de cultura política
- b) los centros educativos fomentarán el trabajo voluntario en la comunidad
- c) los centros educativos realizarán actividades que promuevan la reflexión autónoma e individual por parte del alumnado
- d) los centros educativos proporcionarán conocimientos básicos sobre asociaciones políticas y sociales

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el

Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

Según el texto

- a) la formación a la ciudadanía es independiente de las demás asignaturas que se imparten en un centro educativo
- b) las disciplinas humanísticas resultan particularmente útiles a la hora de promover la cohesión social
- c) la transmisión de conocimientos culturales es suficiente para formar a ciudadanos responsables y bien integrados en la comunidad
- d) gracias a la adquisición de contenidos tanto humanísticos como científicos se puede conseguir la integración de la persona en la sociedad

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

El contenido de la Educación para la Ciudadanía (EpC) en Secundaria

Una de las funciones esenciales de todo centro educativo es saber integrar a sus alumnos en la comunidad en la que viven. También lo es aportar los contenidos culturales que facilitan las coordenadas básicas para comprender, desarrollar y afianzar su identidad, para interactuar y convivir con los demás, a la vez que transmitir los elementos necesarios para afrontar su vida de adulto (Escudero, 2009). Proporcionar el marco de referencia básico, gracias al cual cada uno sabe interpretar y actuar en cada escenario y etapa vital. Si nos centramos en una EpC, deberá garantizar que sus alumnos se conviertan en ciudadanos activos y responsables, capaces de contribuir al desarrollo y al bienestar de la sociedad en la que viven (Comisión Europea, 2006), para la que facilitará:

- una formación política básica
- un desarrollo del pensamiento crítico y capacidad de análisis
- un impulso de valores y actitudes
- una participación activa en el centro y en la comunidad (EURYDICE, 2012).

Esta formación se apoya en el aprendizaje de los conocimientos que nos aportan la Historia, la Geografía, el Arte, la Literatura, la Economía, las Ciencias, etc., contenidos que consolidan nuestro sentimiento de pertenencia, la comprensión de lo propio y del otro, ya que ningún individuo se entiende sin la referencia a la cultura en la que se integra y al grupo al que pertenece. El conocimiento y la comprensión de la cultura propia y de otras culturas, o el innegable valor del dominio de otras lenguas, son elementos básicos que facilitan el respeto, la valoración de lo diferente, la posibilidad de dialogar y proponer nuevas alternativas de convivencia. Contenidos curriculares específicos de la Educación Secundaria, capaces de responder a las finalidades de esta etapa: desempeñar sus funciones sociales con responsabilidad y competencia (LOMCE, 2013).

Adaptado de: Aprender a ser ciudadano: ¿preparamos a nuestros docentes de Secundaria para una Educación para la Ciudadanía? -Marta Ruiz-Corbella / Miriam García-Blanco in Foro de Educación , v. 14, n. 20, enero-junio 2016, pp. 177-198

5. Según el texto

- a) entre los objetivos del ciclo de Educación Secundaria destaca el de actuar en la sociedad de manera

eficaz y consciente

- b) comprender la cultura propia y las ajenas es el elemento primordial de la Educación Secundaria
- c) el conocimiento de otras lenguas permite que los alumnos se integren en la comunidad del grupo al que pertenecen
- d) en los contenidos curriculares de Secundaria priman las lenguas y culturas extranjeras

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Les attentats de 2015 en France ont troublé :

- a) L'adhésion de tous les Français aux valeurs de la citoyenneté.
- b) La vision historique des valeurs nationales.
- c) L'acceptation de tous les Français des valeurs nationales.
- d) L'enseignement de l'histoire dans les classes.

Quesito 7 Domanda B - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français

répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Le 13 avril 2016, la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté

- a) a publié les travaux du CNESEO sur l'apprentissage de la citoyenneté après les attentats.
- b) a analysé les difficultés dans l'enseignement de la citoyenneté après les attentats.
- c) a proposé des réflexions sur la citoyenneté à l'école.
- d) a proposé un programme de cohésion nationale.

Quesito 7 Domanda C - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Un sondage BVA réalisé pour le CNESEO et la CASDEM révèle que :

- a) Plus de 75% des interviewés ont une conception de la citoyenneté liée aux questions sociales.
- b) 80% des interviewés ne sont pas d'accord avec l'idée classique de citoyenneté.
- c) 75% des Français considèrent la citoyenneté liée à la défense du droit à l'éducation.
- d) Plus de 80% des Français ancrent la citoyenneté dans le respect de la loi.

Quesito 7 Domanda D - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Nathalie Mons – avant-propos « Dossier de synthèse : l'éducation à la citoyenneté à l'école » (avril 2016)

Le sondage BVA révèle également que, en ce qui concerne la construction des futurs citoyens :

- a) selon l'âge des sondés, l'idée de responsabilité des associations et des médias augmente ou diminue.
- b) l'école participe à plus de 70% à la construction des futurs citoyens.
- c) la considération de l'instance parentale devance très largement la responsabilité de l'école.
- d) selon l'âge des sondés, la responsabilité accordée à l'école augmente ou diminue.

Quesito 7 Domanda E - Lisez le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse

Il souffle comme un vent nouveau sur l'apprentissage de la citoyenneté à l'école, alors que le pays connaît une succession d'attentats qui jettent le trouble sur ses capacités de cohésion nationale et l'adhésion de tous aux valeurs de notre société, historiquement enseigné dans les classes. C'est ce que montrent les travaux que le Cnesco (Conseil national d'évaluation du système scolaire) publie à l'occasion de la réunion du Comité interministériel Égalité et Citoyenneté du 13 avril 2016 afin d'éclairer l'état des réflexions, des avancées et des difficultés encore à surmonter. Tout d'abord, un sondage BVA réalisé pour le Cnesco et la Casden révèle un renouvellement dans la perception par les Français de la citoyenneté et de son apprentissage à l'école. Une vision plus riche de la citoyenneté tend, tout d'abord, à s'imposer. En effet, si plus de 80 % des Français répondent qu'ils sont « tout à fait d'accord » ou « plutôt d'accord » avec le fait qu'« être citoyen » c'est bien « respecter la loi » ou « participer à la vie politique » - des dimensions classiques de la citoyenneté -, les thématiques comme « défendre le droit à l'éducation pour tous », « lutter contre les discriminations » ou encore « être solidaire avec les plus démunis » sont aussi plébiscitées à plus de 75 % et ancrent résolument la citoyenneté dans un terrain social. Pour appuyer cette vision renouvelée et plurielle de la citoyenneté, les Français, longtemps convaincus que l'esprit civique, les valeurs et la morale se transmettent principalement dans le cadre familial, font aujourd'hui confiance à l'école à plus de 70 % pour participer à la construction des futurs citoyens, aux côtés de l'instance parentale. Ce jugement apparaît différencié selon l'âge des sondés. Plus les répondants sont jeunes, plus ils soutiennent l'idée de la responsabilité de l'école dans l'éducation à la citoyenneté. Ces deux instances de socialisation civique devancent très largement les associations, les collectivités territoriales, les médias ou encore les pairs.

Le sondage BVA montre un renouvellement :

- a) Dans le respect des lois.
- b) Dans le droit à la citoyenneté.
- c) Dans la vision politique.
- d) Dans la vision de l'esprit civique.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritux) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

D'après les informations fournies par le texte, qu'est-ce qui motive l'engagement croissant des jeunes dans la politique?

- a) De nombreuses discussions sur les causes de la pauvreté.
- b) La spécificité et la concrétisation des campagnes politiques.
- c) La connaissance des problématiques complexes de la vie citoyenne.
- d) La passion des jeunes pour les idéologies politiques.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la

pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritres) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

Selon certaines études citées dans le texte, la nature de l'accroissement de l'engagement des jeunes pourrait être

- a) délimitée géographiquement.
- b) passagère et instable.
- c) dépendante de leur niveau d'éducation.
- d) fortement encourageante pour l'avenir.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritres) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

D'après le texte, les activités caritatives constituent-elles un moyen de développer la citoyenneté mondiale ?

- a) Dans les pays occidentaux uniquement.
- b) Non.
- c) On ne sait pas.
- d) Oui.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritux) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

L'implication personnelle des jeunes par rapport au sujet de discussion concernant la citoyenneté

- a) empêche leur engagement.
- b) ne favorise pas leur engagement.
- c) favorise leur engagement.
- d) développe leur conscience vis-à-vis de la complexité de la question.

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse:

L'engagement croissant dans des problèmes politiques déterminés par des enjeux uniques (comme l'engagement dans les guerres à l'étranger, les événements mobilisateurs comme le Printemps arabe, la

pauvreté mondiale, les questions liées à l'environnement et le bien-être des animaux) semble laisser entendre que dans les démocraties occidentales, les jeunes, bien qu'ils ne s'intéressent pas à la politique et ne votent pas, sont actifs et intéressés par les campagnes politiques spécifiques où ils peuvent constater des résultats concrets [...]. En effet, bien que les tentatives visant à promouvoir la citoyenneté démocratique, les droits de l'homme et les droits à la participation aux niveaux local, national et mondial, droits qui sont énoncés dans les conventions internationales comme la Convention des Nations Unies donnent un élan positif à l'éducation à la citoyenneté, Print fait remarquer que cet engagement peut être épisodique et qu'il convient donc de le considérer avec précaution. De plus, nous devons être conscients du fait que de nombreuses écoles voient les activités caritatives comme un moyen de développer la citoyenneté mondiale. Et même dans ce cadre, on peut observer un manque de compréhension totale sur la façon dont l'argent est utilisé ainsi que l'absence de discussions sur les causes de la pauvreté. L'étude réalisée par Holden et Minty auprès de 200 élèves anglais a révélé que ceux-ci étaient capables de nommer une association caritative ou de discuter de l'action caritative ou écologique à laquelle ils avaient participé, mais avaient une compréhension limitée des questions plus vastes comme les causes complexes des problèmes. De plus, pour eux, cet engagement était l'élément essentiel encouragé par l'école en ce qui concerne la citoyenneté; presque toutes les discussions portaient sur des choix personnels (le commerce équitable, l'abandon de détritiques) plutôt que sur des sujets importants comme la pauvreté ou les questions liées à l'environnement.

D'après <https://unchronicle.un.org/fr/article/quel-type-d-ducation-la-citoyenn-et-quel-type-de-citoyen>

Les sujets les plus fréquents dans ces discussions concernent

- a) la famille et les animaux.
- b) l'écologie et la pauvreté.
- c) la politique et la démocratie.
- d) la sécurité et l'immigration.